

Antrag Nr. 16

der Fraktion Sozialdemokratischer Gewerkschafter:innen
an die 178. Hauptversammlung der Bundesarbeitskammer
am 13. Juni 2025

Gesundheitsberufepakete österreichweit schnüren: Beschäftigte entlasten, Gesundheitsversorgung sichern

Die Arbeitnehmer:innen in Gesundheitsberufen bilden das Herzstück unseres Gesundheitssystems. Beschäftigte in nichtärztlichen Gesundheitsberufen arbeiten gemeinsam mit Ärzt:innen rund um die Uhr. Zwar ist seit Jahren der hohe Fachkräftebedarf in Pflegeberufen bekannt, nicht aber der hohe Bedarf an Beschäftigten im MTD-Bereich oder bei Assistenzberufen etc.

Beispielsweise hat das Burgenland in seinen landesfinanzierten Kliniken mit dem Gesundheitsberufepaket 2024 Maßnahmen gesetzt, die offensichtlich ihre Wirkung entfalten: Der Arbeitsklimaindex 2024, die jährliche Studie des IFES zeigte in einer Sonderauswertung, dass sich die Zufriedenheit und viele andere Aspekte in der Arbeitswelt seit der Pandemie auf niedrigem Niveau stabilisiert hat. Bei der **Extraauswertung für den Gesundheitsbereich** gab es jedoch eine **Trendumkehr**: Burgenland hat mit seinen Maßnahmenpaketen in der Pflege, seiner Ausbildungsoffensive, zuletzt verstärkt im MTD-Bereich, die Personalsituation in den Gesundheitsberufen deutlich stabilisieren können. Verschiedenste Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf als auch gesundheitsfördernde Maßnahmen, Aufstockung des Personalschlüssels und Anhebung der Gehälter konnten zu einer guten Arbeitsklimaindexauswertung führen. Der Arbeitsdruck im Gesundheitswesen ist stärker zurückgegangen. Die Jobwechselbereitschaft ist im Gegenzug zu anderen Bundesländern zuletzt deutlich gesunken, siehe Grafik, Quelle: IFES.

Jobwechsel- bereitschaft	Burgenland		Rest Österreichs	
	Gesundheits- wesen	alle Branchen	Gesundheits- wesen	alle Branchen
2024	16%	19%	24%	24%
2022 bis 2023	18%	17%	25%	25%
2020 bis 2021	22%	15%	20%	24%

Die Arbeiterkammer möchte daher als gesetzliche Interessenvertretung einige Forderungspunkte zur Verbesserung der Situation der Beschäftigten in Gesundheitsberufen österreichweit an die neue Bundesregierung richten.

Ausbildungsoffensive:

Die allgemeine Personalnot in Gesundheits- und Pflegeberufen ist bekannt. Das Pflegestipendium und der Bundeszuschuss für die Erstausbildungen in den Pflegeberufen sind gute Instrumente, um Menschen in der so wichtigen Ausbildung zu unterstützen, dennoch sind 600 Euro pro Monat bei der Erstausbildung zu wenig. Die Auszubildenden absolvieren viele Monate Praxiszeiten im intra- als auch im extramuralen Bereich und üben wertvolle Tätigkeiten aus. Daher bedarf es einer höheren Ausbildungsförderung bei der Erstausbildung in der Pflege. Zudem benötigt es in diesem Bereich als auch im MTD-Bereich während der Ausbildung den Erwerb von **Pensionsversicherungszeiten, analog zu den bereits bestehenden Regelungen (im ASVG) zuvor, da ansonsten der Zugang zur Schwerarbeitspension (45 Jahre) nicht gegeben ist.**

Diesbezüglich gibt es im Burgenland eine zusätzliche Förderung für Pflegeberufe, wenn kein Pflegestipendium bezogen werden kann (z.B. Erstausbildung). Dieses Modell wurde bereits auf Radiologietechniker:innen

ausgeweitet und wird stetig weiter entwickelt. Zeitgleich mit der Offensive, Ausbildungen anzubieten, müssen **jedoch die Rahmenbedingungen stetig verbessert** werden, da in verschiedenen Berufsgruppen wie der Pflege die **Berufsausstiegsquote** immens hoch ist. Bei allen Bestrebungen auch Berufsaussteiger:innen wieder zurückzuholen, sollte endlich die Situation geschaffen werden, dass sie erst gar nicht den Beruf verlassen. Zudem ist es **unökonomisch**, Menschen auszubilden und dann die Rahmenbedingungen und Arbeitsbedingungen für ihren Verbleib, die sie brauchen, zu ignorieren.

Rechtsanspruch auf Weiterbildungs-/Qualifizierungszeit analog Pflege,- bzw. Fachkräftestipendium für Beschäftigte im Gesundheitsbereich, um Versorgungsnotstand einzudämmen:

Mittels Rechtsanspruch auf eine neu zu normierende Weiterbildungs- oder Qualifizierungszeit (ähnlich Pflege,- bzw. Fachkräftestipendium), könnte der Notstand in der Gesundheitsversorgung durch mehr hoch qualifizierte Beschäftigte eingebremst werden. **So könnte höheres Sprachniveau bei der Nostrifikation wiederum erneute personelle Ressourcen bringen.**

Wichtig: Spezialisierung in der Pflege z.B. Intensivbereich etc., ist für DGKPs ohne Bachelorstudium nur mehr mittels Übergangsfrist bis 01.01.2033 möglich. **Das heißt: alle DGKPs sind ab diesem Zeitpunkt von Zusatzqualifikationen im Spezialbereich als auch von verschiedenen Studien ausgeschlossen, obwohl sie berufsrechtlich zur Berufsausübung mit Bachelorabsolvent:innen gleichgestellt sind!** Daher bedarf es hier einer Regelung, um zusätzliche Versorgungsnot im Gesundheitssystem zu minimieren!

Rekrutierungsoffensive:

Österreichweit werden immer öfter Arbeitnehmer:innen aus dem Ausland angeworben, um den hohen Fachkräftebedarf an Gesundheitsberufen, insbesondere im Pflegebereich, um die immer größer werdende Personallücke im Gesundheitswesen zu schließen. Dennoch sollten Menschen, die bereits hier leben (unabhängig, ob sie Fluchthintergrund haben oder nicht) und eine **einschlägige Ausbildung im Gesundheitsbereich** vorweisen können, **in den Gesundheitsbereich in Österreich integriert werden**. Zudem müssen **Nostrifikationsbestimmungen geändert** werden: Berufsangehörige sollten in ihrem eigentlichen **Beruf unter Anleitung und Aufsicht** tätig werden können, damit **personelle Ressourcen** gespart werden können. Dienstgeber:innen sollten hierbei Arbeitszeit und Ausbildungskosten zur Verfügung stellen. Darüber hinaus sind **Zusatzangebote für spezielle Deutschkurse für alle Gesundheitsberufe** flächendeckend in ganz Österreich anzubieten. Zudem braucht es niederschwellige Beratung und schnellere Nostrifikationen, damit dieses **Potential** genutzt werden kann.

Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Betriebskindergärten:

Die **sehr hohe Teilzeitquote** bei den überwiegend weiblichen Beschäftigten im Gesundheitsbereich, hängt zu einem Großteil mit mangelnden Ressourcen beim Kinderbetreuungsangebot sowie mit dem Dienstbeginn (stationären Sektor) bereits um 06.45 Uhr morgens, zusammen. Kinderbetreuungsangebote, die diese Zeiten (ab 6 Uhr früh) abdecken, gibt es kaum. Daher bedarf es einer österreichweiten, flächendeckend Umsetzung von Betriebskindergärten. Der überwiegend weiblich dominierte Gesundheitssektor benötigt bessere Rahmenbedingungen zur **Vereinbarkeit von Familie und Beruf**, dies schafft **neue personelle Ressourcen**, weil die **Teilzeitquote gesenkt und somit die Arbeitsbelastungen reduziert werden**.

Stabilere Dienstplansicherheit durch 10 % Erhöhung des Personalschlüssels in der Pflege und Installierung der sogenannte „Stationsassistenten“:

Bei Anhebung des Personalschlüssels in der Pflege kann zeitgleich die „Stationsassistenten“ installiert werden. Sie erledigt hauswirtschaftliche Tätigkeiten ohne Patient:innenkontakt und entlastet die qualifizierten Pflegekräfte, dies wird bereits in zwei Bundesländern umgesetzt.

Berufsausstieg und Krankheit versus Gesundheitsförderung und Prävention:

Die Menschen, die im Gesundheitsbereich arbeiten, werden leider durch die immense körperliche als auch psychische Arbeitsbelastung oft selbst krank, verstärkt durch eine dünne Personaldecke. Viele verlassen

leider den Beruf zur Gänze oder sind krankheitsbedingt nicht mehr in der Lage, ihren Beruf bis zur Pension auszuüben. Zusätzlich arbeiten bereits **65 % (!)** der Beschäftigten im Gesundheitsbereich österreichweit auch, wenn sie krank sind (sogenannter „Präsentismus“, Quelle: IFES). Daher braucht es endlich dringend neue Personaloffensiven, Gesundheitsförderung und Prävention (insbesondere Gewalt- und Aggressionsprävention). Das sind Schlüssel, um Krankheit und Berufsausstieg zu minimieren.

Die Hauptversammlung der Bundesarbeitskammer fordert daher das Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz und die Bundesländer auf, folgende Forderungen umzusetzen:

- **Österreichweite Erhöhung des Personalschlüssels in der Pflege** im landesfinanzierten Klinikbereich **um mindestens 10 %**
- **Installierung der „Stationsassistenten“** in der Pflege
- **Rekrutierungsoffensive** von bereits ausgebildeten Personen in **Pflege- und Gesundheitsberufen**, die bereits in Österreich leben
- **Kompakte, geförderte Nostrifizierungskurse, idealerweise in Kombination mit speziell maßgeschneiderten Deutschkursen** für die Ausübung aller Gesundheitsberufe (**nicht nur für Pflegeberufe**) sowie **Änderung der Nostrifizierungsbestimmungen**
- **Umsetzung von kostenlosen Betriebskindergärten, um Beruf und Familie gut vereinbaren zu können und die Teilzeitquote zu senken**
- **Schaffung einer zusätzlichen Ausbildungsförderung für Pflege- und Gesundheitsberufe als notwendiges Angebot und Pensionsversicherungszeiten während Pflege- und MTD-Berufsausbildungen (wie bereits vor dem FH-Zugang)**
- **Rechtsanspruch auf Weiterbildungs-/Qualifizierungszeit analog Pflege,- bzw. Fachkräftestipendium für Beschäftigte im Gesundheitsbereich**
- **Gesundheitsförderungsprogramme und Prävention, insbesondere Gewalt- und Aggressionsprävention im Gesundheitsbereich, nachhaltig umsetzen**

Angenommen <input checked="" type="checkbox"/>	Zuweisung <input type="checkbox"/>	Ablehnung <input type="checkbox"/>	Einstimmig <input type="checkbox"/>	Mehrheitlich <input checked="" type="checkbox"/>
--	------------------------------------	------------------------------------	-------------------------------------	--